

Die Gemeinschaft geht nicht stiften

In den „Hoffnungshäusern“ wohnen Geflüchtete und Einheimische respektvoll zusammen

Die Integration und Unterbringung von Menschen mit Fluchterfahrung ist ein drängendes Thema. Die „Hoffnungshäuser“ bieten mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Sie ermöglichen ein respektvolles Zusammenleben von Geflüchteten und Einheimischen. „Integration ist sehr viel komplexer und weitreichender. Wir hören nicht nach Arbeit und Bildung auf“, sagt Angelika Röhm, Geschäftsbereichsleiterin für nationale Programme und Standorte der Hoffnungsträger Stiftung aus Leonberg in Baden-Württemberg. Das Ziel sei die vollständige Integration in die Gesellschaft.

Für Röhm, die selbst mit ihrer Familie seit 2016 in einem der Leonberger Hoffnungshäuser wohnt, sind es die kleinen Erlebnisse im Alltag, die ihr zeigen, dass das Konzept aufgeht. Bei einem gemeinsamen Einkauf habe sie ihre afghanische Freundin auf Milch im Sonderangebot aufmerksam gemacht und daraufhin mehrere Pakete gekauft. Für die Freundin sei es erstaunlich gewesen, dass Röhm ohne Erlaubnis ihres Mannes über den Einkauf entschieden habe. „Beim nächsten Mal entschied meine Freundin dann auch allein“, berichtet Röhm. Sie habe mit ihrem Mann darüber geredet.

Die Idee für das Wohnkonzept der Hoffnungshäuser stammt von Tobias Merckle, dem Gründer und Stifter der Stiftung Hoffnungsträger, die eigenen Angaben zufolge zu dem finanzstärksten einem Prozent der deutschen Stiftungen gehört. Seit 2013 setzt sie sich national und international für die Resozialisierung von Strafgefangenen und andere Vorhaben ein. 2014 und 2015 hat man das Konzept Hoffnungshaus entwickelt. Die Idee entstand,

als Merckle syrische Freunde zu sich holen wollte, was sich aber als Herausforderung erwies. „Ich habe mich das erste Mal damit beschäftigt, was eigentlich passiert, wenn jemand nach Deutschland kommt“, berichtet Merckle.

Für das erste Haus in Leonberg wurde eine Immobilie umgebaut. Doch setzte sich dieses Konzept wegen zu hoher Kosten nicht durch. So wurden in Zusammenarbeit mit dem Stuttgarter Architekturbüro andOFFICE Neubauten in Holzständerbauweise geplant. Dabei werden vorgefertigte Decken- und Wandmodule genutzt. „Die Bauweise ist trotz der anspruchsvollen Architektur nachhaltig und relativ kostengünstig umsetzbar“, erzählt der Architekt Heiner Probst, Büropartner von andOFFICE. Die Bauweise hebe sich zudem von anderen sozialen Wohnungsbauten ab. Es gebe darüber hinaus große Wohnküchen und Begegnungsräume. Nach Angaben des Architekten betragen die Baukosten 3000 bis 3500 Euro je Quadratmeter; sie seien nicht höher als die Kosten anderer sozialer Wohnungsbauten in Baden-Württemberg.

Die Mieten orientieren sich an der örtlichen Neubaumiete. So beträgt die monatliche Miete einer 110-Quadratmeter-Wohnung in den Sinsheimer Hoffnungshäusern ohne Wohnberechtigungsschein 1050 Euro. Mit Schein, der für manche Wohnungen Voraussetzung ist, reduziert sie sich um etwa ein Drittel.

Die Häuser sind privater Wohnraum, weshalb der Aufenthaltsstatus aller Mieter geklärt sein muss. Einziehen darf zudem nur, wer dem Grundkonzept der Hoffnungsträger zustimmt, also bereit ist, international und interreligiös zu leben.



Etwa die Hälfte der Bewohner sind Geflüchtete.

An jedem Standort lebt ein Leitungspaar, das das Zusammenleben organisiert. Die Bewohner helfen sich auch untereinander. Eine Bewohnerin, die anonym bleiben möchte, erzählt, dass ihr die Mitarbeiter seit ihrem Einzug vor einigen Jahren viel geholfen hätten. Heute studiert sie und möchte möglichst viel zurückgeben. So kommen die Nachbarskinder zu ihr, wenn sie Fragen haben. Laut Röhm hat die Stiftung 80 Mitarbeiter, 50 von ihnen sind für die Hoffnungshäuser tätig; darunter sind Sozialarbeiter und Freiwillige. „Dank dieser Leute sind wir wieder stark geworden“, erzählt die Bewohnerin. Durch Nachhilfe lernte sie schnell Deutsch.

Die Häuser werden durch Mieteinnahmen, Kooperationspartner und die Stiftung gedeckt. Die Mieteinnahmen machen dabei nur einen geringen Teil aus. Das Fundraising für die Stiftung reicht von Einzelspendern bis zu Unternehmensspenden. 2023 beliefen sich die Spenden mit Zuschüssen nach Angaben von Röhm auf rund 10 Millionen Euro. Die Ausgaben für die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit der Hoffnungshäuser summierten sich 2023 auf knapp 1,26 Millionen Euro.

Inzwischen kommen Kommunen direkt auf die Stiftung zu, wenn sie einen Standort eröffnen wollen. Grundvoraussetzung ist, dass die laufenden Betriebskosten für die ersten zehn Jahre gedeckt sind. 2023 wurden drei Hoffnungshäuser in Öhringen eröffnet. Damit gibt es insgesamt 32 Häuser in zehn Kommunen. Sie bieten fast 800 Menschen ein Zuhause. „Man sieht, wie aus Fremden Freunde werden“, sagt Tobias Merckle.

Es gibt auch Herausforderungen, zum Beispiel Ängste von Nachbarn, bevor ein neues Haus eröffnet wird. Mithilfe von Sprechstunden, öffentlichen Infoveranstaltungen und persönlicher Anschreiben und Begegnungen legten sich diese Ängste dann schnell, sagt Röhm.

Die Summe, die in alle Grundstücke, Gebäude, Außenanlagen, Küchen und Anlagen im Bau bis Ende November 2023 in die Hoffnungshäuser investiert wurde, addiert sich nach ihren Angaben auf mehr als 74 Millionen Euro. „Wir wollen weiter wachsen“, sagt Röhm. Derzeit ist ein Standort in Gaildorf in Planung.

Ilvy Puls

Gymnasium Oberalster, Hamburg